



Resolution der AG 60plus Brandenburg

Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine. Und dennoch wird gerade uns Sozialdemokraten häufig die Frage gestellt, ob wir denn genug tun. Das erfahren wir im Bekanntenkreis, in den Medien und in Gesprächen auf der Straße. Unsere Antwort ist: Wir tun so viel, wie wir können.

Deutschland ist die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, wir sind das bevölkerungsreichste Land in Europa. Auf uns kommt deswegen und auch historisch eine besondere Verantwortung zu.

In dieser Woche wurde im Bundestag über das Sondervermögen Bundeswehr, das mit 100 Milliarden Euro ausgestattet werden soll, debattiert. Das ist notwendig, weil in den vergangenen Jahrzehnten nicht so in unsere Sicherheit investiert wurde, dass wir jetzt gut genug aufgestellt wären. Und das war falsch.

Kurzfristig stellen wir 2 Milliarden Euro für Waffenlieferungen zur Verfügung, ein Großteil davon direkt für die Ukraine. Wir liefern Panzerabwehrwaffen, Mörser und Munition. Dabei gehen wir an die Grenzen der Möglichkeiten der Bundeswehr, aus ihrem Bestand Verteidigungswaffen zu liefern. Zusätzlich ermöglichen wir der Ukraine, Bestellungen unmittelbar bei Rüstungsunternehmen zu tätigen.

Könnten wir noch mehr tun? Wie so häufig gibt es in wichtigen Entscheidungen nicht nur Schwarz und Weiß, sondern dazwischen auch Grautöne. Wir dürfen nicht riskieren, dass Deutschland und die NATO-Partner Kriegspartei in der Ukraine werden. Deswegen müssen wir den schwierigeren aber besonnenen Weg der militärischen Unterstützung einschlagen. Dabei ist es dringend erforderlich, dass wir die Lage stetig und aktuell analysieren und unser Handeln situationsgerecht anpassen.

Zeitenwende war die Überschrift, die unser Bundeskanzler Olaf Scholz den kommenden Jahren gegeben hat. Das bedeutet, dass wir wieder mit Fragen von Krieg und Frieden ringen. Dass wir die Art und Weise umstellen müssen, wie wir Energie gewinnen. Nicht nur um unseren Planeten zu retten, sondern auch um das Leben der Menschen zu schützen.